

Beilage 1428/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine adäquate Verteilung der Bundesdienststellen auf die Bundesländer

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne des föderalen Prinzips bei der Bundesregierung für eine adäquate Verteilung der Bundesdienststellen nach Deutschem und Schweizer Vorbild einzusetzen, um durch eine zweckmäßige Verteilung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine Stärkung der Kaufkraft in den Bundesländern zu erreichen.

Begründung

Beinahe alle Bundesbehörden der Republik Österreich sind in Wien konzentriert. 65 Behörden des Bundes haben ihren Sitz in der Hauptstadt, lediglich drei in den Bundesländern. Das Bundesinstitut für Bildungsforschung – Bifie - hat seinen Sitz in Salzburg, das Bundesamt für Weinbau ist in Eisenstadt und das Sprachen-Kompetenz-Zentrum sitzt in Graz. Ähnlich verhält es sich mit den ausgegliederten Unternehmen des Bundes.

Deutschland und die Schweiz haben hingegen eine Vielzahl der Verwaltungsbehörden auf ihre Bundesgebiete aufgeteilt. Die Schweiz hat zwar ihren eindeutigen Schwerpunkt auf Bern gelegt, bedeutende Behörden jedoch auch dezentral angesiedelt. Das Bundesgericht hat etwa seinen Sitz in Lausanne, das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen, das Bundesstrafgericht in Bellinzona und die Schweizer Nationalbank in Zürich.

Aus historischen Gründen ist in Deutschland eine starke Aufteilung zwischen Berlin und Bonn gegeben. Darüber hinaus sind allerdings einige bedeutende Einrichtungen an anderen Orten situiert. So befindet sich unter anderem die Deutsche Bundesbank in Frankfurt, das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg und das Bundeskriminalamt in Wiesbaden.

Mit jeder Bundesbehörde sind qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie eine Stärkung der Kaufkraft verbunden. Wien ist eine stark wachsende Metropole. Die Bundesländer weisen hingegen ein negatives Wanderungssaldo gegenüber Wien aus. So zogen zwischen 2001 und

2011 etwa 17.000 Oberösterreicher nach Wien. Die Mehrheit von ihnen war jung und gut qualifiziert. Diese Menschen und ihre Arbeitskraft sind für Oberösterreich verloren. Vor allem die Landeshauptstädte, aber auch andere heimische Ballungsräume, könnten von einer Dezentralisierung der Behörden immens profitieren.

Linz, am 13. April 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Povysil, Lackner, Wall, Mahr, Nerat, Klinger, Cramer